

Appell und Stellungnahme zu den Plänen der israelischen Regierung zur Annexion ab Juli 2020

Im Juli will Israel seine konkreten Pläne für Annexionen im Jordantal bekannt geben und mit deren Umsetzung beginnen¹, womit ein neuer Tiefpunkt im seit Jahren stockenden Friedensprozess erreicht werden sollte². Dies führt zu einer Vielzahl an internationalen Reaktionen und Stellungnahmen, aber auch zu scharfer Kritik aus Israel selbst mit der Warnung, dass eine Annexion „wahrscheinlich eine Kettenreaktion hervorrufen (würde), die Israel nicht kontrollieren kann“³.

Der Rat der Patriarchen und Oberhäupter der Kirchen des Heiligen Landes betrachten die einseitigen Annexionspläne mit größter Sorge und fordern den Staat Israel auf, solche einseitigen Schritte zu unterlassen, die den Verlust jeglicher verbleibender Hoffnung auf den Erfolg des Friedensprozesses zur Folge hätten⁴.

Eine Stellungnahme der Evangelischen Mittelost-Kommission (EMOK)⁵ bekräftigt die international anerkannte Perspektive einer Zweistaatenlösung und „befürchtet, dass eine Annexion radikalen Positionen in Israel und Palästina zuarbeiten würde und dadurch die Gewalt in Israel und Palästina neu aufflammen könnte“. Auch der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm macht die Brisanz der aktuellen Situation deutlich: „Die jetzt geplante Annexion bestimmter Gebiete in Palästina würde nicht nur

Speyer, den 22.06.2020

Große Himmelsgasse 3
D – 67346 Speyer

Telefon 06232 – 6715 0
Telefax 06232 – 6715 67

info@frieden-umwelt-pfalz.de

www.frieden-umwelt-pfalz.de

¹ Vgl. „Annexion des Jordantals: Palästinenser präsentieren Gegenvorschlag zu US-Nahostplan“ ZeitOnline vom 9. Juni 2020. Online im Internet: URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-06/annexion-jordantal-us-nahostplan-israel-konflikt-gegenvorschlag-palaestinen-serstaat> (Stand 2020-06-15)

² Für das Stocken des Friedensprozesses und die Option der Annexionen ist freilich nicht nur Israel verantwortlich (Vgl. z.B. „Israels Annexionspläne: Die Palästinenser sind auch selbst schuld“ Spiegel vom 11.6.2020, Online im Internet: URL <https://www.spiegel.de/politik/ausland/israels-annexionsplaene-die-palaestiner-sind-auch-selbst-schuld-kommentar-a-beb46e54-f72e-4907-ac6e-6c4885abfab1> (Stand 2020-06-17) oder „Die Einverleibung“ Die Zeit vom 18.6.2020), dieser Appell erhebt nicht den Anspruch, die „Gesamtlage“ darzustellen.

³ Vgl. „Vorbereitet für die Landnahme“ taz vom 13.5.2020, Online im Internet: URL: <https://taz.de/Israels-Annexionsplaene/!5685573/> (Stand 2020-06-15)

⁴ „Holy Land: Heads of Churches voice concern about Israel's planned annexation of West Bank land“ (eigene Übersetzung) Online im Internet: URL: https://www.lpi.org/posts/holy-land-heads-of-churches-voice-concern-about-israels-planned-annexation-of-west-bank-land.html?s_cat=1109 (Stand 2020-06-07)

⁵ Stellungnahme der EMOK zu den Annexionsplänen der israelischen Regierung, Online im Internet: URL: <https://www.ekd.de/EMOK-Texte-22521.htm> (Stand 2020-06-15)

dem Völkerrecht widersprechen, sie würde auch die noch vorhandenen Chancen einer Neuaufnahme des Friedensprozesses zerstören. Das darf nicht passieren.“⁶

Als Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz beobachten wir die aktuelle Entwicklung mit großer Sorge. Wir treten für eine Zweistaatenlösung ein und halten an einer doppelten Solidarität mit dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk fest⁷. Wir schließen uns der Stellungnahme der EMOK an und ergänzen diese. Wir rufen

- die israelische Regierung auf, die von ihr vereinbarten Annexionspläne auszusetzen,
- die palästinensische Führung auf, interne Streitigkeiten zu beenden, sich mit einer Stimme gegen die Annexionspläne der israelischen Regierung zu wenden und keine übereilten Schritte, wie die Aufkündigung aller bisherigen Vereinbarungen mit Israel und den USA, zu unternehmen,
- die israelische und palästinensische Zivilgesellschaft auf, sich gegen die Annexion auszusprechen und sich für Verhandlungen einzusetzen,
- die politisch Verantwortlichen in Israel und Palästina auf, Verhandlungen zur Lösung des Konfliktes wiederaufzunehmen,
- die Bundesregierung sowie die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, sich konsequent gegen die unilaterale Annexion von Teilen des palästinensischen Westjordanlandes durch die israelische Regierung einzusetzen und an ihrer Unterstützung des Friedensprozesses festzuhalten,
- die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft für eine zentrale Vermittlerrolle der Europäischen Union zu engagieren und sich weiterhin für eine verhandelte Lösung des Israel-Palästina-Konflikts auf Basis des internationalen humanitären Völkerrechts einzusetzen.



Gregor Rehm

Referent



Detlev Besier

Pfarrer für Frieden und Umwelt

⁶ Vgl. „EKD-Ratsvorsitzender besorgt um Friedensprozess in Israel und Palästina“ Online im Internet: URL: <https://www.ekd.de/ekd-ratsvorsitzender-besorgt-um-friedensprozess-in-israel-und-56292.htm> (Stand 2020-06-15)

⁷ Wir verstehen den nachfolgenden Aufruf und die damit verbundene Kritik im Sinne der ersten Position der „Stellungnahme des Rates der EKD angesichts der Debatte um die „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (BDS)“ Online im Internet: URL: <https://www.ekd.de/stellungnahme-rat-der-ekd-debatte-bds-bewegung-53837.htm> (Stand 2020-06-17)